

PRESSEMITTEILUNG vom 8. Juni 2010

Stellungnahme zu aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen und zum Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG)

Nach heftigem Streit in der Regierungskoalition musste Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler auf Kernpunkte seines Konzeptes für das künftige Gesundheitswesen verzichten. Das erwartete Defizit der Krankenkassen in Höhe von 11 Mrd.€ in 2011 soll nun nicht über einen Strukturwandel im Beitragssystem kompensiert werden, sondern durch Einsparungen in Höhe von 4 Mrd.€ zuzüglich eines Steuerzuschusses von 2 Mrd.€. Die CSU blockierte erfolgreich den - dringend benötigten - Strukturwandel, ohne ein eigenes Konzept vorzustellen.

Vielen Positionen im Referentenentwurf zum Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) kann der BVD AK e.V. zudem Positives abgewinnen.

Zum Pick-Up-Verbot:

Seitens des BVD AK e.V. wurde vorgebracht, dass das bevorstehende Pick-up-Verbot konsequent sei und dem Verbraucherschutz diene. Die Versendung durch die Apotheke nur an den Endverbraucher trägt dem besonderen Gut „Arzneimittel“ Rechnung und unterbindet eine weitergehende Trivialisierung. Auswüchse des nicht gewollten Versandhandels würden damit unterbunden.

Zur Großhandelsvergütung:

Die geplante Umstellung der Honorierung des Großhandels wird vom BVD AK e.V. grundsätzlich unterstützt, da sie in die Systematik der Apothekenvergütung passt. Große Sorgen bereiten dem BVD AK e.V. jedoch die Ausgestaltung des neuen Modells. Es besteht die Gefahr, dass die Apotheke in Zukunft Einkaufsvorteile aus nicht verschreibungspflichtigen Bereichen zur Subventionierung des GKV-Bereichs leisten müsse. Dies beurteilt der BVD AK e.V. als nicht verfassungskonform, wenn Einkaufsvorteile auf Schnuller und Nahrungsergänzungsmittel für die Defizite der GKV herangezogen werden sollen. Der BVD AK e.V. hat hier seinerseits sein Vario-Modell vorgestellt, spricht sich aber ansonsten für das Kombimodell des Phagro e.V. aus 2009 aus.

Das neue Modell konnte noch nicht durchgerechnet werden.

Zu den Rabattverträgen:

Der BVD AK e.V. begrüßt es außerordentlich, dass Patienten – abweichend von den Rabattverträgen – gegen Übernahme der Mehrkosten ein gewünschtes anderes Präparat eines anderen Herstellers bekommen könnten. Die Eigenverantwortlichkeit der Patienten und eine möglicherweise schnellere Versorgung der Patienten würden dadurch gestärkt werden.

Zudem müssten die Rabattvertragsinhalte, insbesondere die Einsparungen für die Krankenkassen, öffentlich gemacht werden.

Zum Kassenabschlag:

Zur bevorstehenden Neujustierung des Kassenabschlages mahnte der BVD AK e.V. an, dass eine Erhöhung über € 1,75 die Qualität und die Geschäftsgrundlage der Apotheken in einer nicht mehr vertretbaren Höhe zusätzlich belasten würde. € 1,75 oder weniger wären in Zeiten steigender Verwaltungsaufwendungen und eine steigende Zahl von Rabattverträgen durchaus angebracht.

Die wachsenden Anforderungen im Bereich Fortbildung, Qualitätsmanagement und die Erfüllung sämtlicher gesetzlicher Anforderungen wird im Alltag von der Durchschnittsapotheker kaum noch zu stemmen sein, insbesondere dann nicht, wenn den Apotheken dringend benötigte Finanzmittel durch weitere Kürzungen vorenthalten würden.

Zum Umbau des Gesundheitswesens:

Die Häme der CSU über die abgeschmetterte Gesundheitsprämie der FDP beurteilt der BVD AK e.V. als unerträglich. Gegen den Koalitionsvertrag zu verstoßen, ohne auch nur den Ansatz eines eigenen Konzeptes vorzulegen, bezeichnet der BVD AK e.V. als in hohem Maße unverantwortlich. Jeder Bürger weiß und der demographische Wandel wird diese Entwicklung noch deutlich verstärken, dass Arbeitgeber, Normalverdiener und Rentner bei den Gesundheitsbeiträgen heute bereits überproportional belastet sind und viele Bürger mitfinanzieren, die heute keinen oder nur einen Minimalbeitrag leisten. Man muss die Bürger auf steigende, möglichst gerechte Beiträge, die weitestgehend unabhängig vom versicherungspflichtigen Einkommen sind, vorbereiten.

Nach dem vorläufigen Scheitern des Konzeptes des Bundesgesundheitsministers wird nun nach alter Manier nur noch gespart werden. Den Leistungsträgern im Gesundheitswesen wird dadurch zunehmend die finanzielle Grundlage entzogen.

Unser immer noch sehr gutes Gesundheitssystem wird damit leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Dr. Stefan Hartmann

1. Vorsitzender des BVD AK e.V.